

Hiltrud Bayer

Regional tief gegliederte Daten im Bereich Bildung, Familie, Kinder und Jugendliche

1 Der Bedarf an regional tief gegliederten Daten

Regionen bzw. Räume sind alles andere als homogene Einheiten. Sie sind als Lebensraum mit der eigenen spezifischen Struktur und Kultur entscheidend für die Entwicklung und die Lebenschancen der in ihr lebenden Subjekte. Lebenslage und Lebensbewältigungsstrategien sind danach, ohne die regionale Dimension, nicht zu denken, genauso wenig wie sie unabhängig von Strukturkategorien wie Geschlecht oder Schicht vorstellbar sind. Die empirische Regionalforschung ist von ihrer Methodologie her darauf ausgerichtet, die moderne Gesellschaft auf Unterschiede in den Lebensbedingungen der Menschen zu vergleichen.

Allgemein ist der Wunsch nach einer kleinräumigen Sozialberichterstattung groß, denn auch die Sozialpolitik muss ein genaues Bild von den regionalen Problem- und Ursachenstrukturen haben, damit sie Lösungen vermeidet, die gesamtgesellschaftlich richtig sein mögen, die aber regional wirkungslos sind. Hinzu kommt, dass sich verstärkt die Forderung nach einer systematischen und regionalen Berichterstattung der sozialen Lebensverhältnisse von Bevölkerungsgruppen durchsetzt, wie z.B. der Anstieg der Armut-, Kinder-, Jugend-, Familien-, Alten- oder Bildungsberichte zeigt. Damit ist auch die Nachfrage nach regionalisierten Daten in der Sozialforschung oder in der amtlichen Statistik gestiegen.

Ein Vorteil der amtlichen Statistik gegenüber anderen Verfahren der Datenerhebung in der empirischen Sozialforschung ist, dass sie Zahlen zur gesamten Bevölkerung (z.B. aus den Volkszählungen) sowie repräsentative Erhebungen (z.B. Mikrozensus) zur Verfügung stellt. Die amtliche Statistik verfügt über eine deutlich größere Stichprobe als die empirische Sozialforschung, die aus Kostengründen derartig große Datenerhebungen nicht realisieren könnte. Dieses Potential ermöglicht tiefer strukturierte Analysen, sowohl regional als auch auf spezifische Gruppen bzw. Fragestellungen bezogen.

2 Das Angebot an regional tief gegliederten Daten

Datenquellen, die für die Regionalisierung von Umfragedaten zur Verfügung stehen, sind sehr vielfältig. Bevorzugte Quellen sind einerseits die statistischen Ämter auf den unterschiedlichen Ebenen sowie einige öffentliche Institutionen und andererseits die Daten großer Umfragen der Sozial- und Marktforschung.

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik gelten als unentbehrliche Grundlage für die Handlungen in allen wichtigen Teilbereichen der Gesellschaft, wie Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Sie gelten als öffentliches Gut und sind für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich.¹ Die amtliche Statistik liefert Basisinformationen, auch regional tief gegliederte Daten, die jeder nutzen kann. Die Nachfrage nach diesen Daten ist enorm gestiegen.²

2.1 Die amtliche Statistik als Informationsquelle

Die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist überwiegend Bundesstatistik. Diese wird grundsätzlich durch Gesetze im formellen Sinne angeordnet. Die Initiative geht in der Regel von den hauptsächlichen Nutzern der Statistik, den fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden (Ministerien), aus. Ansonsten ist die amtliche Statistik heute von der Überzeugung geprägt, dass die Bundesstatistik nicht nur Verwaltungszwecken zu dienen habe, sondern auch den Informationsbedarf der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und der Wissenschaft zu decken habe.³

2.1.1 Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Dem föderalistischen Staats- und Verwaltungsaufbau entsprechend, teilen sich Bund und Länder die Erfüllung der statistischen Aufgaben. Während die methodische und technische Vorbereitung der einzelnen Statistiken sowie die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse beim Statistischen Bundesamt liegen, sind für die Erhebung und Aufbereitung bis zum Landesergebnis die Statistischen Landesämter zuständig. Das Schwergewicht der Durchführungsarbeiten liegt somit bei den statistischen Ämtern der Länder. Es gibt jedoch auch Bundesstatistiken, bei denen die Erhebung und Aufbereitung der Daten nicht von den statistischen Ämtern der Länder, sondern vom Statistischen Bundesamt selbst durchgeführt werden, z.B. die Außenhandelsstatistik, die Großhandelsstatistik, die Kostenstrukturstatistiken oder einige Gesundheitsstatistiken.

Bei Landesstatistiken, die von mehreren oder allen Ländern durchgeführt werden, z.B. verschiedene Statistiken des Bildungswesens sowie Statistiken des Gesundheitswesens und der Rechtspflege wirkt das Statistische Bundesamt meist koordinierend, weil sowohl Bund als auch die Länder an bundesweit vergleichbaren Ergebnissen interessiert sind. Die Statistischen Landesämter sind auch im Besitz von Regionaldaten auf Kreis- und Gemeindeebene.

Die regionalstatistische Angebotspalette der Statistischen Landesämter ist vielseitig. Sie umfasst traditionelle Print-Produkte wie Statistische Berichte ebenso wie interaktive Angebote auf optischen Speichermedien und im Internet. Ebenfalls zuständig für spezielle Wünsche nach regionalisierten Daten ist, je nach dem Ort der nachfragenden Person bzw. Institution, das jeweilige Landesamt. Dieses Landesamt kann die Nachfragen koordinieren oder stellt den anderen Landesämtern die Programme für Sonderauszählungen zur Verfügung.

Auch gibt es ein gemeinschaftliches regionalstatistisches Datenangebot der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Der Regio-Stat-Katalog enthält Informationen aus nahezu allen

- 1 *Statistischer Beirat*, Empfehlungen des Statistischen Beirates zur Bundesstatistik für die 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1998, S. 850–851.
- 2 *Weil, S.*, Regionaldaten der amtlichen Statistik – Ein Angebot im Spannungsfeld rechtlicher Restriktionen, statistisch-methodischer Beschränkungen und dem Bedarf an regional tief gegliederten Daten, *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz* 04, 2009, S. 98–106.
- 3 *Hölder, E./Ehling, M.*, in: Fischer/Kunz (Hrsg.), *Grundlagen der historischen Statistik von Deutschland*. Opladen 1991, S. 27.

Bereichen der amtlichen Statistik. Diese Daten können bundeseinheitlich bis zur Ebene der Kreise, manchmal bis zur Gemeindeebene, abgerufen werden. Die „Regionaldatenbank Deutschland“ des Statistischen Bundesamt enthält viele dieser tief gegliederten Ergebnisse, der Tabellenabruf erfolgt unentgeltlich und kann variabel auf den individuellen Bedarf angepasst werden.

Ergebnisse auf Länder- und Kreisebene veröffentlichen auch die Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

Für wissenschaftliche Nutzer haben sich seit dem Jahr 2002 mit dem Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Statistischen Landesämter weitere Zugangswege zu Regionaldaten eröffnet. Das Statistische Bundesamt hatte bereits im Herbst 2001 ein Forschungsdatenzentrum eingerichtet. Aufgabe der FDZ ist es, ein breites Spektrum an Einzeldaten der amtlichen Statistik sowie die zugehörigen Metadaten für die wissenschaftliche Nutzung bereitzustellen. Das FDZ ist als Netzwerk angelegt, dessen Dienstleistungsangebot über 16 regionale Standorte genutzt werden kann. Die Nutzung der Daten kann über drei verschiedene Zugangswege erfolgen:

- Standardisierte Mikrodatsätze (Public Use Files bzw. Scientific Use Files),
- Arbeitsplätze für Gastwissenschaftler sowie
- Kontrollierte Datenfernverarbeitung.

Die Verfügbarkeit von Regionaldaten ist bei den verschiedenen Nutzungswegen unterschiedlich. So stehen Public Use Files mit absolut anonymisierten Daten einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Zum Zwecke der Anonymisierung sind in diesen Datensätzen nur ausgewählte Merkmale enthalten. Fachlich tief gegliederte Merkmale werden in der Regel aggregiert. Tiefere räumliche Abgrenzungen können auf der Basis von Public Use Files deshalb nicht vorgenommen werden.

Zur wissenschaftlichen Datenanalyse werden faktisch anonymisierte Mikrodaten aus diversen amtlichen Statistiken in Form standardisierter Scientific Use Files angeboten. Diese Daten verfügen über ein höheres Informationspotenzial und damit auch Regionalisierungspotenzial als Public Use Files.

Das FDZ der Statistischen Landesämter bietet mit den Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen und der kontrollierten Datenfernverarbeitung speziell auf den jeweiligen Datenbedarf zugeschnittene Nutzungsmöglichkeiten amtlicher Statistiken an. Für Gastwissenschaftler können weniger stark anonymisierte Mikrodaten in dafür eigens abgeschotteten Bereichen in den Statistischen Ämtern bereitgestellt werden. Diese Daten dürfen wesentlich detailliertere Informationen auch zur tieferen Regionalisierung enthalten als die bereitgestellten Scientific Use Files.

Bei der kontrollierten Datenfernverarbeitung stellen die Ämter Auswertungsprogramme bereit, mit denen die Originaldaten ausgewertet werden. Nach einer Geheimhaltungsprüfung erhält der Datennutzer die Ergebnisse der Auswertung.

2.1.2 Daten der Kommunen

Die statistischen Ämter der Kommunen sind im Rahmen der Bundes- und Landesstatistik nur in die Datenerhebung und die Datenanalyse eingeschaltet, nicht jedoch in die Datenaufbereitung. Vom jeweiligen Landesamt erhalten die statistischen Ämter der Kommunen nur ein grob gegliedertes Datenmaterial, das tiefgegliederte Strukturanalyse kaum zulässt. Neben der Mitwirkung an Bundes- und Landesstatistiken führen diese Ämter auch Erhebungen durch, die von der kommunalen Selbstverwaltung oder Stadtplanung usw. für eigene Zwecke benötigt werden. Die Ergebnisse sind oftmals nur begrenzt mit denen anderer Städte zu vergleichen. In der Bundesrepublik gehören die statistischen Ämter der großen Städte mit zu den ältesten statistischen Fachinstitutionen und Fachbehörden überhaupt.

2.1.3 Daten des Statistischen Amtes der EU

Mit der Europäischen Union ist die Hierarchie der statistischen Ämter nach oben erweitert worden. Eurostat ist das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften. Es hat den Auftrag, der Europäischen Union hochwertige statistische Informationen bereitzustellen, auch eine Reihe von regionalen Daten bis hinunter auf die Ebene der Gemeinden. Dazu sammelt und analysiert Eurostat Daten der nationalen statistischen Ämter und liefert vergleichbare und harmonisierte Daten über die Europäische Union. Da diese Daten jedoch bei den nationalen statistischen Ämtern abgerufen werden, können sie nur eine weitere Aufbereitungsstufe der Daten widerspiegeln.

Das Veröffentlichungsprogramm von Eurostat besteht aus folgenden Sammlungen:⁴

- Pressemitteilungen liefern neueste Informationen über Euro-Indikatoren und über soziale, ökonomische, regionale, landwirtschaftliche oder ökologische Themen.
- Statistische Bücher sind größere A4-Veröffentlichungen mit statistischen Daten und Analysen.
- Pocketbooks sind kostenlose Veröffentlichungen, die Benutzern eine Auswahl wesentlicher Daten über ein spezifisches Thema geben.
- Statistics kurz gefasst liefern aktuelle Daten und weitere Informationen über die Ergebnisse von Erhebungen, Studien und statistische Analysen.
- Daten kurz gefasst liefern neueste Statistiken einschließlich methodologischer Anmerkungen.
- Methodologies and Working papers sind technische Veröffentlichungen für statistische Experten, die auf einem speziellen Gebiet arbeiten.

Europäische Regional- und Städtestatistiken werden für vielfältige Zwecke verwendet, zum Beispiel für die objektive und kohärente Verteilung von Mitteln aus dem Strukturfonds und für die Ex-post-Bewertung der Ergebnisse der Kohäsionspolitik der EU. Regionalstatistische Daten werden von Eurostat seit vielen Jahren in der regionalstatistischen Datenbank (REGIO) erfasst. Darunter sind Daten zur Demografie, Bildung, Gesundheit, volkswirtschaftliche Gesamtrechnun-

4 Vgl. *Eurostat*, Europäische Regional- und Städtestatistik, Leitfaden, Luxemburg 2008.

gen, Tourismus, Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Verkehr sowie Arbeitsmarktdaten, Daten zu den Arbeitskosten und Daten zur Agrarstatistik und strukturellen Unternehmensstatistik.

In den letzten Jahren ist die Städtestatistik (Urban Audit) zum zweiten Pfeiler der subnationalen Datenerhebung von Eurostat geworden. Im Rahmen des Urban Audit wurde 2003/2004 (für das Berichtsjahr 2001) und 2006/2007 (für das Berichtsjahr 2004) eine Vielzahl von Daten zur Beurteilung der Lebensqualität in 367 europäischen Städten (321 in den 27 Mitgliedsstaaten sowie 46 Städte in der Schweiz, Norwegen, Kroatien und in der Türkei) erhoben. Die nächste vergleichbare Datenerhebung wird 2009 durchgeführt.

2.2 Daten öffentlicher Institutionen und Umfrageforschung

Neben dem Statistischen Bundesamt, den Statistischen Landesämtern und den statistischen Ämtern in Städten und kommunalen Dienststellen übernehmen auch andere Institutionen der öffentlichen Verwaltung aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen die Durchführung von amtlichen Statistiken. Beispiele hierfür sind die Geld- und Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank, die Statistiken des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterverkehr. Die Agentur für Arbeit (BA) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) liefern Daten bzw. Regionaldaten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, zur Arbeitskräftenachfrage, zur Arbeitslosigkeit und zur sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit sowie zum Ausbildungsmarkt und zur Förderung der Berufsausbildung.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) berät die Politik in allen Fragen der Raumordnung und Raumentwicklung. Dafür führt das Amt auf unterschiedlichen Ebenen ein räumliches Informationssystem, das zu einem Teil auch der Forschung (CD-ROM INKAR bzw. CD-ROM INKAR PRO) zur Verfügung gestellt wird.⁵

Der Deutsche Städtetag ist der größte kommunale Spitzenverband in Deutschland. Er vertritt die Interessen aller kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte. In ihm haben sich über 5500 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen. Er gibt das „Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden“ mit regional fein gegliederten Daten heraus, das Gemeinschaftswerk der Städtestatistik existiert seit 1890.

Eine Reihe von Datensätzen in der Sozialforschung eignen sich gut für regionalisierte Ergebnisse, da sie einerseits einen großen Stichprobenumfang haben und andererseits den Befragten die amtliche Verwaltungskennziffer oder den BIK-Stadtyp bzw. BIK-Regionstyp zugeordnet haben. Hier seien nur einige genannt:

- Das Sozio-ökonomische Panel
- ALLBUS
- Shell Jugendstudien
- DJI Surveys

5 Hoffmeyer-Zlotnik, J.-H. P., in: Arbeitsgruppe Regionale Standards (Hrsg.), 2005, S. 180.

2.3 Grenzen und Möglichkeiten der Regionalisierung

Die amtliche Statistik ist bei ihren Erhebungen in besonderem Maße auf das Vertrauen und die Mitarbeit der befragten Bürgerinnen und Bürger sowie der befragten Institutionen angewiesen. Bei Vollerhebungen (z.B. Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987) werden die benötigten Informationen von allen eingeholt. Vollerhebungen bieten in der Regel aussagefähige Ergebnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Viele Erhebungen, die von der amtlichen Statistik durchgeführt werden, lassen jedoch regional tief gegliederte Daten nicht oder nur eingeschränkt zu. Das Regionalisierungspotenzial von Teilerhebungen wird bestimmt durch den Umfang der Grundgesamtheit, den Stichprobenumfang, das Erhebungsdesign, die Schätzmethodik und den Stichprobenfehler. Mit zunehmender fachlicher Gliederungstiefe nimmt das Regionalisierungspotenzial der Daten ab, d.h. die Stichprobenfehler bzw. Geheimhaltungsprobleme nehmen zu.

In der Regel wird bei jeder amtlichen Erhebung ein räumlicher Bezug der erhobenen Merkmale hergestellt. Üblich sind hierbei geografische Einheiten, die sich aus der hierarchischen Verwaltungsgliederung ergeben. Die niedrigste administrative Gliederungsebene ist die Gemeinde, dann die Verbandsgemeinde, es folgen die kreisfreie Stadt bzw. der Landkreis, die Regierungsbezirke bzw. die sogenannten „statistischen Regionen“ und als oberste Ebene das Bundesland.

Darüber hinaus gibt es noch weitere geografische Bezugsräume: die Mikrozensus-Regionen („Anpassungsschichten“); die landesplanerischen Regionen („Planungsregionen“); die Agenturbezirke der Bundesagentur für Arbeit; die Kammerbezirke der Industrie- und Handelskammern; die Tourismusregionen. Während sich bestimmte Strukturräume aus den geografischen Gliederungen der Verwaltungseinheiten ableiten lassen, wie z.B. die Mikrozensus-Regionen und die Planungsregionen, die sich grenzscharf aus kreisfreien Städten und Landkreisen und damit auch aus den Gemeinden zusammenfassen (aggregieren) lassen, ist dies u.a. bei den Agenturbezirken nur eingeschränkt möglich. Diese Bezirke können mehrere Kreise umfassen, manchmal durchschneiden ihre Grenzen auch einzelne Kreise, die dann teils dem einen, teils dem anderen Arbeitsagenturbezirk zugehören. Die regionalen Gliederungen der kommunalen Verwaltung und der Bundesagentur für Arbeit sind also nur eingeschränkt „kompatibel“.

Auskunftspflicht und Datenschutz sind zwei weitere Faktoren, die die Regionalisierbarkeit von Daten beeinflussen. So garantiert nur eine bestehende Auskunftspflicht bei einem Teil der amtlichen Statistiken eine hohe Rücklaufquote, die auch bei tiefer fachlicher und regionaler Gliederung noch aussagefähige Ergebnisse liefern. Der Informationswert von Erhebungsergebnissen, die auf freiwilliger Basis gewonnen werden, ist in der Regel reduziert.⁶

Das Pendant zur Auskunftspflicht bildet die statistische Geheimhaltung. Alle Auskunftspflichtigen müssen darauf vertrauen können, dass ihre individuellen Daten geheim bleiben. Die statistischen Ämter müssen in den Auswertungen und Veröffentlichungen stets dafür Sorge tragen, dass geheimhaltungskritische Daten von der Anzeige ausgeschlossen werden. Dies wird bei aggregierten Ergebnissen mit einer Tabellengeheimhaltung (Zellsperungsverfahren oder Rundungsverfahren) oder bei Mikrodaten durch eine Anonymisierung des Ausgangsdatenmaterials erreicht. Mikrodaten, die in den Forschungsdatenzentren für wissenschaftliche Nutzung angeboten werden (Scientific Use Files), müssen durch gezielte Veränderungen (z.B. Weglassen, Vergrößern oder Vertauschen von Merkmalen, Ziehen von Stichproben usw.) faktisch anonymisiert werden, sodass

6 Weil (Anm. 2), S. 104.

die ausgewiesenen Einzelfälle durch die Datennutzer geschützt sind. Bei zunehmender fachlicher Gliederungstiefe nimmt das Regionalisierungspotenzial der Erhebungsergebnisse, insbesondere wegen der Geheimhaltungsproblematik, ab.

3 Daten im Bereich Bildung

3.1 Internationale Bildungsdaten bzw. Bildungsindikatoren

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Ende der 1980er Jahre die Arbeiten auf dem Gebiet der Bildungsindikatoren intensiviert. In enger Zusammenarbeit mit dem Mitgliedstaaten, Eurostat und UNESCO wurde sukzessive ein System von Bildungsindikatoren und ein System internationaler Bildungsstatistiken aufgebaut.

Das Bildungsindikatorenprogramm der OECD zielt auf eine Beurteilung der Leistung der nationalen Bildungssysteme als Ganzes und nicht der einzelnen Bildungseinrichtungen oder anderer subnationaler Einheiten ab. Die OECD – Indikatoren sind in einem konzeptionellen Rahmen eingestellt, der einerseits zwischen den Akteuren im Bildungssystem (Schüler/Studierende, Arten des Unterrichts, Anbieter von Bildungsdienstleistungen, Bildungssystem als Ganze) unterscheidet, andererseits aber auch die Bildungs- und Lernergebnisse, die politischen Ansatzpunkte und Zusammenhänge, die die Bildungserfolge beeinflussen, sowie die Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Berechnungen zu den Bildungsindikatoren veröffentlicht die OECD seit 1992 in „Education at a Glance“ („Bildung auf einem Blick“)⁷, das sich in folgende Kapitel gliedert:

- Bildungsergebnisse und Bildungserträge
- Die in Bildung investierten Finanz- und Humanressourcen
- Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsvverlauf
- Das Lernumfeld und die Organisation von Schulen

Die OECD und deren Mitgliedsländer bemühen sich, mit den besten verfügbaren international vergleichbaren Daten zu arbeiten. Dabei stellen sie sich verschiedenen Herausforderungen, und Kompromisse müssen eingegangen werden:

Erstens müssen die Indikatoren die Frage ansprechen, die in den einzelnen Ländern von großer bildungspolitischer Bedeutung sind und bei denen eine international vergleichende Perspektive gegenüber nationalen Analysen und Bewertungen tatsächlich einen Informationsgewinn liefert.

Zweitens müssen die Indikatoren so vergleichbar wie möglich sein, gleichzeitig aber auch länderspezifisch genug, um historische, systembedingte und kulturelle Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern berücksichtigen zu können.

7 OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren, erscheint jährlich.

Drittens muss die Darstellung in den Indikatoren so klar wie möglich sein, gleichzeitig aber auch der facettenreichen Realität von Bildungssystemen in der heutigen Welt gerecht werden.

Viertens soll die Anzahl der Indikatoren so klein wie möglich gehalten werden, während gleichzeitig ihre Anzahl so groß sein muss, um wirklich den politischen Entscheidungsträgern in den einzelnen Ländern von Nutzen zu sein.⁸

Im Internet finden sich unter www.oecd.org/edu/eag2009 umfangreiche Informationen zu den bei den Indikatoren verwendeten Berechnungsmethoden, der Interpretation, der Indikatoren im jeweiligen nationalen Kontext und den benutzten Datenquellen. Die Website bietet auch Zugang zu den Daten, die den Indikatoren zugrunde liegen, sowie zu einem umfassenden Glossar zu den in dieser Publikation benutzten technischen Begriffen. Ferner enthält die Website auch diejenigen Indikatoren, die in der gedruckten Ausgabe nicht enthalten sind, um den Umfang nicht zu sehr auszuweiten.

„Bildung auf einen Blick“ bietet den innovativen StatLinks-Service der OECD. Unter jeder Abbildung und jeder Tabelle findet sich eine Web-Adresse (URL), die zu einer Excel-Arbeitsmappe mit den entsprechenden zugrunde liegenden Daten führt. Diese URLs sind dauerhaft eingerichtet und werden langfristig bestehen bleiben. Außerdem können Benutzer der E-Book-Ausgabe direkt auf diese Links klicken. Die entsprechende Arbeitsmappe öffnet sich dann in einem separaten Fenster.

Auch Eurostat bietet in seinen Datenbanken und Veröffentlichungen (z.B. „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa“, bisher sieben Ausgaben) zahlreiche Daten bzw. Indikatoren an, um einen besseren Einblick in die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten der europäischen Bildungssysteme zu vermitteln. Internationale Vergleiche bzw. nationale Daten zu den Leistungsmessungen werden im Rahmen der PISA-, TIMSS- und IGLU-Studien geliefert, wobei in Deutschland auch bundesländerspezifische Auswertungen vorgenommen wurden.

3.2 Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit 2007 „Internationale Übersichten zur Bildungsstatistik“, Datenlieferant ist Eurostat. Man wollte damit Nutzerwünschen nach internationalen Übersichten zu Bildungsbereichen nach internationaler Abgrenzung nachkommen. So wird u.a. der Anteil der Schüler/-innen, Studierenden an der Bevölkerung und an den Erwerbspersonen oder die Grund- und Verhältniszahlen der Schüler/-innen und Studierenden nach Bildungsbereichen und Geschlecht im internationalen Vergleich dargestellt.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen seit vier Jahren „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Darin wurden ausgewählte Bildungsindikatoren der OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einem Blick“ auf Ebene der Bundesländer berechnet und in einem internationalen Vergleich dargestellt. Der Hauptgrund für eine Auswahl der Indikatoren ist, dass nicht alle für die Indikatorenberechnung benötigten Daten auf Länderebene vorliegen (z.B. zu kleine Fallzahlen bei Stichprobenerhebungen oder Berechnungsmethoden und -programme wurden noch nicht so modifiziert, dass sie auf den Basisdaten in Länder aufbauen können).

8 OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick 2008. Deutsche Fassung veröffentlicht vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Absprache mit der OECD Paris, S. 3 ff.

Daten zur Bildung auf der Ebene der Bundesrepublik Deutschland sind in zahlreichen Fachserien bzw. Reihen und in Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes enthalten, wobei auch manchmal Daten für die einzelnen Bundesländer enthalten sein können:

- *Zu Bevölkerung und Bildung (Fachserie 1)*
- Reihe 1.3 Bevölkerungsfortschreibung
- Reihe 2 Ausländische Bevölkerung
- Reihe 2.1 Einbürgerungen
- Reihe 3 Haushalte und Familien
- Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit
- Reihe 4.1.2 Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen
- Reihe 4.2.1 Struktur der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten
- Sonstige Veröffentlichungen: Bildungsstand der Bevölkerung (seit 2007)
- *Zu Allgemeinbildenden Schulen (Fachserie 11)*
- Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen
- *Zu Beruflichen Schulen (Fachserie 11)*
- Reihe 2 Berufliche Schulen
- *Zu Beruflicher Bildung (Fachserie 11)*
- Reihe 3 Berufliche Bildung
- *Zu Hochschulen (Fachserie 11)*
- Reihe 4.1 Studierende an Hochschulen
- Reihe 4.2 Prüfungen an Hochschulen
- Reihe 4.3.1 Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen
- Reihe 4.4 Personal an Hochschulen
- *Zu Ausbildungsförderung (Fachserie 11)*
- Reihe 7 Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
- *Zu Aufstiegsfortbildungsförderung (Fachserie 11)*
- Reihe 8 Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

- *Zu Weiterbildung*
- Sonstige Veröffentlichungen: Weiterbildung (jährlich)
- *Zu Bildungsausgaben (Fachserie 11)*
- Reihe 4.5 Finanzen der Hochschulen
- Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen
- Sonstige Veröffentlichung: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (jährlich), Ausgaben je SchülerIn (jährlich), Bundesfinanzbericht (jährlich).

Zu all diesen Fachserien und Reihen vom Statistischen Bundesamt kommen noch zahlreiche Veröffentlichungen bzw. ausgewählte Einzelbeiträge in „Wirtschaft und Statistik“. Bildungsrelevante Daten sind auch in den jährlichen Publikationen enthalten, wie z.B. in „Zahlenkompass“, „Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik“, „Statistisches Jahrbuch für das Ausland“, „Datenreport“ sowie „Fakten und Trends“.

Die beiden bisher erschienenen nationalen Bildungsberichte „Bildung in Deutschland 2006“⁹ und „Bildung in Deutschland 2008“¹⁰ wurden von einem Konsortium vorgelegt. Die Leitidee ist die der „Bildung im Lebenslauf“, angefangen bei der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in Tageseinrichtungen über die allgemein bildende Schule, die berufliche Bildung und die Hochschule bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Es schließt in Ansätzen auch jenes Bildungsgeschehen ein, das sich mit non-formaler und informeller Bildung kennzeichnen lässt. Die auf Dauer angelegte Berichterstattung basiert auf der Basis der amtlichen Statistik sowie ergänzender bundesweit repräsentativer Survey- und Panel-Daten. In jedem Bericht, der alle zwei Jahre erscheint, werden wenige gleich bleibende Indikatoren präsentiert, um die Konstanz in der Berichterstattung und auf diese Weise einen Vergleich im Zeitablauf zu gewährleisten. Jeder Bericht enthält weitere Indikatoren zu wechselnden Themen.¹¹

Die amtlichen Daten zu allgemeinbildenden und beruflichen Schulen werden nicht bundeseinheitlich von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben, sondern aufgrund der Kulturhoheit der Länder in föderaler Uneinheitlichkeit zusammengetragen. Das zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vereinbarte Lieferprogramm sieht vor, dass die Landesämter verbindliche Basisdaten an das Bundesamt weiterleiten. Welche Daten in welcher regionalen Gliederungstiefe dann aufbereitet werden, bleibt den Ländern bzw. Statistischen Ämtern je nach ihren Informationsbedürfnissen überlassen. Diese Ausrichtung ergibt sich aus der Tatsache, dass für die Gestaltung des deutschen Bildungswesens die Bundesländer zuständig sind (abgesehen vom betrieblichen Teil der Berufsausbildung, der über das Berufsbildungsgesetz bundesrechtlich geregelt ist). Auch die über das Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelte Vorschulerziehung lässt landesgesetzliche Detailregelungen zu und ist außerdem subsidiär strukturiert.

9 *Konsortium Bildungsberichterstattung*, Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2006.

10 *Autorengruppe Bildungsberichterstattung*, Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundärbereich I, Bielefeld 2008.

11 *Konsortium Bildungsberichterstattung* (Anm. 9), S. 2.

Neben den amtlichen Schuldaten sind die Amtsstatistiken der Kultusministerien eine zweite Datenquelle für die Länder-Bildungsberichte. Diese ergänzen in der Regel die amtlichen Schuldaten. Sie liefern Informationen, die in der amtlichen Schulstatistik nicht repräsentiert sind, z.B. Notenstatistiken der zentralen Abschlussprüfungen.

Bisher liegen Länder-Bildungsberichte für Schleswig-Holstein, Bayern, Sachsen, Berlin-Brandenburg, Baden-Württemberg und Hamburg vor. Durch die rechtliche Zuständigkeit des Landes und der Schulträger für das Schulwesen muss Bildungsberichterstattung viel unmittelbarer auf die Erfordernisse der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung der Schulen, der Arbeit der Schulträger, der Schulaufsicht und -politik bezogen sein, als dies Bildungsberichten auf nationaler und internationaler Ebene möglich ist.

3.3 Bildungsdaten auf Kreis- und Gemeindeebene

Die meisten bildungsrelevanten Daten der amtlichen Statistik werden bis hinunter auf Gemeinde- oder Stadtteilebene erhoben. Städte können sich recht leicht einen Überblick verschaffen. Landkreise haben es schon etwas schwerer. Häufig müssen sie mit einigem Aufwand Gemeindedaten zusammenfassen und sind aufgrund von mehr Akteuren und einer größeren Zahl von Zwischenschritten mit einem erhöhten Koordinationsaufwand konfrontiert. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat in einer Machbarkeitsstudie die Datenbestände und die Zugänglichkeit zu Daten für Stadt- und Landkreise erschlossen (Kühn, 2008, S. 15 ff.). Dabei stellte der Autor fest, dass die Datenlage unübersichtlich wird, wenn Bildungselemente einbezogen werden, die aus dem institutionellen Rahmen frühkindlicher, schulischer und beruflicher Bildung ausscheren. „Die Daten zu öffentlichen Bibliotheken sind noch erfreulich gut und feingliedrig über die deutsche Bibliotheksstatistik verfügbar. Museumsbesuche oder die Anzahl von Ausstellungen, die Kurse kommunaler und privater Musikschulen, Maßnahmen der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Bildungsmaßnahmen der Vereine sowie Veranstaltungen in zoologischen und botanischen Gärten lassen sich allenfalls über kleinräumige Sondererhebungen oder über die Verteilung von öffentlichen Fördermitteln beziffern. Ähnliches gilt für öffentliche Angebote der Erwachsenenbildung. Gänzlich unübersichtlich ist der Bereich der betrieblichen Weiterbildung.“¹²

Lokal zur Verfügung stehendes Datenmaterial muss aufbereitet werden und durch eigene Datenerhebungen ergänzt werden. Es sind bisher folgende Städte, die die kommunale Bildungssituation beschreiben: Augsburg, Dortmund, Emsland, Freiburg, Köln, München, Nürnberg, Offenburg, Ravensburg, Tübingen.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat zusammen mit Kooperationspartnern im Statistischen Bundesamt und im Deutschen Institut für Erwachsenenbildung ein „Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings“ (2009)¹³ herausgegeben. Damit wird ein Gerüst für den Aufbau einer kommunalen Bildungsberichterstattung geliefert, das regionale Vergleiche ermöglicht und mit leicht darstellbaren und verfügbaren Daten, Strukturen

12 Kühn, A., Bildungsberichterstattung aus regionaler und kommunaler Perspektive, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 7/2008, S. 17.

13 Projektgruppe: Statistisches Bundesamt, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings, Wiesbaden, Bonn, Stuttgart Version Oktober 2009.

und Entwicklungen beschreibt sowie die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und seiner Teile einzuschätzen und zu interpretieren hilft.

4 Daten im Bereich Familie, Kinder und Jugend

4.1 Familienberichterstattung des Bundes und der Länder

Familien stehen heute im Mittelpunkt des öffentlichen und politischen Interesses. Gesellschaften ändern sich mit den Familien und familiale Entwicklungen und Veränderungen haben tief greifende Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft, insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme. Eine Familienpolitik, die Familien in ihren Leistungen und Bedürfnissen angemessen berücksichtigen möchte, ist auf verlässliche Informationen und repräsentative Daten aus einer kontinuierlichen Familienberichterstattung angewiesen.

Familienberichterstattung ist Teil der Sozialberichterstattung. Sozialberichterstattung hat in Deutschland eine lange Tradition, ihre hohe Zeit begann in den 1970er Jahren mit einem aufkommenden Interesse an den Wirkungen der Sozialpolitik, die sich seinerzeit noch optimistisch als aktive Gestaltung der sozialen Verhältnisse verstand. Aber auch heute, unter schwierigeren fiskalischen Bedingungen, die einen Perspektivenwechsel von der Effektivität zur Effizienz sozialpolitischen Handelns mit sich gebracht haben, sind die Funktionen von Sozial- und Familienberichterstattung im Wesentlichen immer noch diese drei: Aufklärung der Öffentlichkeit; Information von Politik und Verwaltung über Handlungs- und Gestaltungsbedarfe; Evaluation sozialpolitischer Intervention.

Auf Bundesebene wurden bisher sieben Familienberichte¹⁴ und 13 Kinder- und Jugendberichte¹⁵ erstellt. Der Familienbericht der Bundesregierung ist eine seit 1968 von der deutschen Bundesregierung herausgegebene Serie von Berichten. Jeder Bericht ist eine wissenschaftliche Auf-

14 Bundesministerium für Familie und Jugend (BMFJ), Erster Familienbericht. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1968, Drucksache V/2532.

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG), Zweiter Familienbericht. Familie und Sozialisation. Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich der Erziehungs- und Bildungsprozesse der jungen Generation, Bonn 1975, Drucksache 7/3502.

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG), Dritter Familienbericht. Die Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1979, Drucksache 8/3120.

Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG), Vierter Familienbericht. Die Situation der älteren Menschen in der Familie, Bonn 1986, Drucksache 10/6145.

Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS), Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, Bonn 1994, Drucksache 12/7560.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland, Berlin 2000, Drucksache 14/4357.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin 2006, Drucksache 16/1360.

15 Beginnend mit dem Jahr 1965 sind bisher 13 Kinder- und Jugendberichte erschienen. Der Titel bzw. die Bezeichnung der Berichte hat sich im Laufe der Jahre ein wenig geändert:

1. Bericht des Bundesregierung über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe (1965).
2. Zweiter Bericht über die Lage der Jugend und die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe gemäß § 25 Abs. 2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes (1968).
3. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe gemäß § 25 Abs. 2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes – Dritter Jugendbericht – (1972).

arbeitung und Zusammenstellung familienpezifischer Themen und Entwicklungen in aktuellem Kontext und besteht aus der Darstellung einer unabhängigen Sachverständigenkommission und einer sich darauf beziehenden Stellungnahme der Bundesregierung. Neben dem Familienbericht der Bundesregierung ist ein jährlicher Familienreport vorgesehen, der erstmalig 2009 erschien.¹⁶ In jeder Legislaturperiode wird zudem ein Kinder- und Jugendbericht und ein Altenbericht¹⁷ herausgegeben.

Da sich Wandlungsprozesse der Familie nicht einheitlich vollziehen, ist es nötig, neben der nationalen Berichterstattung auch differenzierte Informationen auf Länderebene zu haben, die sich erheblich voneinander unterscheiden. Insbesondere für die Gestaltung und Ergänzung der familienpolitischen Maßnahmen auf Länderebene und auch auf kommunaler Ebene sind regionspezifische Informationen unerlässlich.

Die Berichterstattung in den Ländern begann Ende der 60er Jahre mit dem Ersten Familienbericht Nordrhein-Westfalens¹⁸, in den 70er Jahren folgte Baden-Württemberg¹⁹. Aber erst seit Mitte der 80er Jahre setzte sich die Familienberichterstattung auch in den anderen Ländern durch. Mittlerweile haben die meisten Länder mindestens einen Familienbericht veröffentlicht, manche

-
4. Sozialisationsprobleme der arbeitenden Jugend in der Bundesrepublik Deutschland Konsequenzen für Jugendhilfe und Jugendpolitik – Vierter Jugendbericht – (1978).
 5. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe – Fünfter Jugendbericht – (1980).
 6. Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland – Sechster Jugendbericht – (1984).
 7. Jugendhilfe und Familie – die Entwicklung familienunterstützender Leistungen der Jugendhilfe und ihre Perspektiven – Siebter Jugendbericht – (1986).
 8. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe – Achter Jugendbericht – (1990).
 9. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern – Neunter Jugendbericht – (1994).
 10. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland – Zehnter Kinder- und Jugendbericht – (1998).
 11. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Elfter Kinder- und Jugendbericht – (2002).
 12. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Zwölfter Kinder- und Jugendbericht – (2005).
 13. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 13. Kinder- und Jugendbericht – (2009).
- 16 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), FamilienReport 2009 – Leistungen Wirkungen Trends, Berlin 2009.
- 17 Der erste Altenbericht mit dem Titel „Die Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland“ erschien 1993 als Drucksache 12/5897 des Deutschen Bundestages.
Der Zweite Altenbericht erschien 1998 und trug den Titel „Wohnen im Alter“, Drucksache 13/9750.
Der Dritte Altenbericht erschien 2001 und trug den Titel „Alter und Gesellschaft“, Drucksache 14/5130.
Der Vierte Altenbericht mit dem Titel „Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen“ von 2002 war ein Spezialbericht.
Der fünfte Altenbericht erschien 2005 unter dem Titel „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“, Drucksache 16/2190.
- 18 In Nordrhein-Westfalen beispielsweise ist die Familienberichterstattung Teil einer allgemeinen umfassenden Sozialberichterstattung. Regelmäßig erscheinende Sozialberichte werden hier durch themenbezogene Veröffentlichungen wie zuletzt durch den Bericht »Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen« (2009) vertieft. Darüber hinaus wurde in Nordrhein-Westfalen ein System kommunaler Familienberichterstattung aufgebaut. Dazu gehören ein familienstatistisches Informationssystem (FIS) und Familienbefragungen
- 19 Der erste Familienbericht für Baden-Württemberg wurde 1976 vom damaligen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung erstellt. Dadurch rückte die Situation von Familien in Baden-Württemberg in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung, wenngleich es auch weitere knapp 20 Jahre dauern sollte, bis der Startschuss zu einer kontinuierlichen Familienberichterstattung im Land gegeben wurde.

bereits zwei oder drei. Im Gegensatz zu den Familienberichten des Bundes besitzen die Berichte der Länder keine duale Form und stellen reine Regierungsberichte dar. Die meisten sind Berichte der Verwaltung der zuständigen Sozial- oder Familienministerien in den Ländern.

Die Daten der amtlichen Statistik sind eine unentbehrliche Grundlage für die Familienberichterstattung. Es gibt jedoch nicht die Familienstatistik in der amtlichen Statistik, die ein System von zahlreichen Statistiken ist.

Das Programm für die Familienberichterstattung ist sehr umfangreich:

- Bevölkerung Erwerbstätigkeit und Wohnen
- Volks- und Berufszählung
- Gebäude- und Wohnungszählung
- Mikrozensus
- Wohnungsstichprobe
- Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung
- Wanderungsstatistik
- Einbürgerungsstatistik
- Ausländerstatistik
- Bevölkerungsstand, Bevölkerungsvorausrechnungen
- Arbeitsstättenzählung
- Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union
- Beschäftigtenstatistik
- Bildungs- und Gesundheitswesen, Sozialleistungen
- Statistiken der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
- Statistik der meldepflichtigen Krankheiten
- Statistik der Schwangerschaftsabbrüche
- Todesursachenstatistik
- Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung
- Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung
- Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung

- Statistik der Sozialhilfe
- Asylbewerberleistungsstatistik
- Pflegestatistiken
- Statistik der Jugendhilfe
- Statistik für Kindergeld
- Empfänger/-innen von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub
- Wohngeldstatistik
- Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
- Einkommen, Verbrauch und Vermögen
- Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte
- Einkommens- und Verbrauchsstichproben
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Keine dieser Statistiken dient ausnahmslos der Familienberichterstattung, für die verschiedenen familienbezogenen Themen müssen deshalb Statistiken zusammengestellt und auch zum Teil aufeinander bezogen werden. Eggen²⁰ resümiert, dass Familienberichterstattung bislang in der amtlichen Statistik weitgehend unter Sozialstatistik lief. „Neben dem generellen Bereitstellen von Daten gehören hierzu die in den verschiedenen Veröffentlichungen der amtlichen Statistik zusammengestellten Datenreports über Familie und die thematisch eng begrenzte Wiedergabe von Daten einer Fachstatistik in Periodika wie „Wirtschaft und Statistik“. Hier sind die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Datenreports „Familien heute, Strukturen, Verläufe und Einstellungen“²¹, 1990 sowie „Im Blickpunkt: Familie heute“²², 1995 zu nennen. Dabei ist ein gesteigertes Bemühen hin zu einer problemorientierten Sozial- und auch Familienberichterstattung zu beobachten.

Neben dem Statistischen Bundesamt unterrichtet das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die Bundesregierung in Fragen zur Bevölkerung und Familie und berät in Einzelfragen. Auch die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg analysiert und interpretiert vornehmlich die familienbezogenen amtlichen Daten der Länder und des Bundes. Das Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock arbeitet auch mit internationalen Daten bei der Bevölkerungs- und Familiendemographie.

In der amtlichen Statistik fehlen z.B. weitgehend Prozessdaten. Art, Zeitpunkt und Dauer früherer Ereignisse werden nur retrospektive erfasst, d.h. dass Übergänge zwischen sensiblen Phasen oder zwischen verschiedenen Lagen nicht beschrieben werden können. Man denke dabei nur

20 Eggen, B., in: Bien, W./Rathgeber, R. (Hrsg.), Die Familie in der Sozialberichterstattung. Ein europäischer Vergleich, Opladen 2000, S. 100 ff.

21 Statistisches Bundesamt, Familien heute: Strukturen, Verläufe und Einstellungen, Stuttgart 1990.

22 Statistisches Bundesamt, Im Blickpunkt: Familie heute, Stuttgart 1995.

an Scheidung, Wiederverheiratung oder Auszug der Kinder aus dem Elternhaus. Auch fehlen Informationen über Einstellungen, Absichten oder Deutungen der befragten Personen.

Lücken in der amtlichen Statistik werden u.a. mit Umfragedaten bzw. wissenschaftlichen Erhebungen geschlossen. Regelmäßige sozialstatistische Daten liefern sozialwissenschaftliche Institute. Große empirische Erhebungen sind der „Wohlfahrtssurvey“²³, das „Sozio-ökonomische Panel“²⁴ sowie die Surveys des Deutschen Jugendinstituts.

Zu den Themen Kinder, Jugend und Familie hat das Deutsche Jugendinstitut seit seinem Bestehen eine Vielzahl von soziologischen Wiederholungsbefragungen durchgeführt; zu nennen sind vor allem das Kinderpanel (seit 2001)²⁵ und die Kinderbetreuungsstudie (seit 2004)²⁶, der Jugend-survey (seit 1989)²⁷, das Übergangspanel (seit 2003)²⁸ und der Familiensurvey (seit 1986)²⁹. Die Survey-Projekte Kinderpanel, Jugendsurvey und Familiensurvey sind im Jahr 2006 ausgelaufen und wurden in einen integrierten Survey überführt. Im Zentrum der Langzeitstudie „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ – kurz AID:A –³⁰, die das DJI im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchführt, stehen folgende Fragen: Wie bewältigen Familien die Spannungen zwischen Beruf, Haushalt und Freizeit? Welche Rolle spielen dabei Kinderbetreuungseinrichtungen? Wie sind die Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche heute aufwachsen? Um eine möglichst breite Datenbasis zu schaffen, werden zurzeit bundesweit insgesamt rund 25.000 telefonische Interviews geführt.

Das Deutsche Jugendinstitut hat auch 1988 begonnen, eine Datenbank aufzubauen, in der im Rahmen einer allgemeinen Sozialberichterstattung kinder-, jugend- und familienbezogene Bundes-, Länder- und Kreisdaten aus den unterschiedlichen Quellen der amtlichen Statistik gesammelt werden. Diese Daten liefern die Beschreibung der objektiven Lebensbedingungen und ergänzen die individuellen Daten aus den sozialwissenschaftlichen Erhebungen. Mittlerweile ist die Datenbank eine umfangreiche Sammelstelle von kinder-, jugend- und familienbezogenen Zeitreihen sowie regional tief gegliederten Daten in diesen Bereichen geworden.³¹

4.2 Internationale Daten

Die nationalen Statistikämter liefern auch im Bereich Kinder, Jugend und Familie die amtlichen Daten an Eurostat. Dort wird das Zahlenmaterial harmonisiert, um internationale Vergleichbarkeit zu schaffen und ein EU-Ergebnis zu erstellen. So wird z.B. in einer neuen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamt „Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa“ von 2009 veranschaulicht, wie die Menschen zwischen Nordkap und italienischer Stiefelspitze, Atlantik und

23 siehe: www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragedaten/wohlfahrtssurvey

24 siehe: www.diw.de/de/soep

25 siehe: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=71

26 siehe: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=390

27 siehe: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=66

28 siehe: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=276

29 siehe: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=41

30 siehe: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=948

31 *Bertram, H./Bayer, H./Bauereiss, R.*, Familien-Atlas: Lebenslagen und Regionen in Deutschland, Opladen 1993; *Bauereiss, R./Bayer, H./Bien, W.*, Familienatlas II, Lebenslagen und Regionen in Deutschland, Karten und Zahlen. Opladen 1997; *Bayer, H./Bauereiss, R.*, Amtliche Statistik als Basis für die Darstellung regionaler Unterschiede in den Ressourcen für den Kinderalltag, in: Leu, H.R. (Hrsg.), Sozialberichterstattung zu Lebenslagen von Kindern, Opladen 2002, S. 205–250.

schwarzem Meer leben oder es wird deutlich, wo Deutschland im europäischen Vergleich steht und wo die Chancen und Herausforderungen des vereinten Europas liegen. Die Daten dieses Bandes basieren auf harmonisierten Daten von Eurostat, wobei die Werte von denen der nationalen Statistikämter abweichen können.

Neben dem Sammeln und Harmonisieren gehört die Bereitstellung der Daten der einzelnen nationalen Statistikämter in gedruckter Form oder in Online-Datenbanken zu den Aufgaben von Eurostat. Empirische Untersuchungen zu ausgewählten Themen können aber auch von der Europäischen Union angeordnet werden. Die nationalen Zugangsmöglichkeiten zu den Mikrodaten der einzelnen Mitgliedsstaaten variieren dabei stark. Eurostat muss bei den Zugangsmöglichkeiten zu Mikrodaten der Gemeinschaftsstatistiken sicherstellen, dass das erreichte Geheimhaltungs- und Sicherheitsniveau auf europäischer Ebene mindestens so hoch wie in den Mitgliedsstaaten ist.

Die Wissenschaft hat seit Ende der 1990er-Jahre grundsätzlich Zugang zu Einzeldaten erhalten. „Gegenwärtig können Mikrodaten aus fünf Gemeinschaftsstatistiken für Forschungszwecke genutzt werden. Dabei handelt es sich um die Arbeitskräfteerhebung (AKE), die Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), das Haushaltspanel der EU (ESH), die Innovationserhebung der Gemeinschaft (CIS) sowie die Verdienststruktur (VSE).“³² Besonders die haushalts- und personenbezogenen Erhebungen EU-SILC und AKE sind wichtige Quellen für eine Europäische Familienberichterstattung.

Im „alten“ Haushaltspanel wurden Haushalte und Personen von 1994 bis 2001 im jährlichen Abstand zu ihren Lebensbedingungen befragt, EU-SILC ist die Folgerhebung. Die Einführung einer Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) – die deutsche Bezeichnung lautet LEBEN IN EUROPA – wurde im Jahr 2003 vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat beschlossen. 2004 fand die Erhebung in 13 EU-Mitgliedsstaaten statt, seit 2005 beteiligen sich alle Mitgliedsstaaten sowie Norwegen und Island. Für die Statistik gelten in allen Mitgliedsstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards, um das übergeordnete Ziel der europäischen Sozialberichterstattung zu erreichen. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA in Deutschland auch nicht unmittelbar mit denen anderer nationaler Erhebungen der amtlichen Statistik, beispielsweise der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), oder nicht-amtlichen Umfragen, zum Beispiel dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), zu vergleichen.

Die AKE ist eine umfassende Haushaltsstichprobenerhebung, die vierteljährliche Ergebnisse zur Beteiligung der Personen ab 15 Jahren am Arbeitsmarkt sowie über Personen, die nicht zu den Arbeitskräften zählen, liefert. Die AKE ist in Deutschland in die Erhebung des Mikrozensus integriert.

Die statistischen Ämter der Mitgliedsstaaten sind für die Auswahl der Stichproben, die Ausarbeitung der Fragebogen, die Durchführung der direkten Haushaltsbefragungen und die Übermittlung der Ergebnisse an Eurostat zuständig.

Mit Hilfe von internationalen vergleichbaren Daten lassen sich die Stärken und auch die verbesserungswürdigen Bereiche jedes einzelnen Landes feststellen.

32 *Harauz, A.*, Europäische Mikrodaten für die Wissenschaft, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Wirtschaft und Statistik* 9/2007, S. 865.

Eurostat hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Berichte mit vergleichenden Daten zu verschiedenen Themen herausgegeben. Hier sei beispielhaft der Bericht „Das Leben von Frauen und Männern in Europa: ein statistisches Porträt“ (2008) erwähnt. Dort werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Leben von Frauen und Männern in den Mitgliedsstaaten anhand verschiedener Lebensabschnitte aufgezeigt, angefangen von den Kindheits- und Schuljahren über die Zeit der Berufstätigkeit und Familiengründung bis hin zum Ruhestand. Dieser Bericht zeigt u.a. auch die Verfügbarkeit hinreichend zuverlässiger und aktueller Daten aus den unterschiedlichen Datenquellen für die EU-Mitgliedsstaaten.

UNICEF³³ hat eine erste internationale Vergleichsstudie zur Situation der Kinder in Industriestaaten vorgelegt. Die Innocenti Report Card 7 untersucht das Wohlbefinden von Kindern und jungen Menschen in 21 der fortgeschrittensten Volkswirtschaften der Welt anhand von sechs Schlüsseldimensionen: materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Beziehungen zu Familie und Freunden, Verhalten und Risiko und die subjektive Einschätzung des Wohlbefindens von jungen Menschen.³⁴ Die Vergleichsstudie trägt die verfügbaren Daten zu 40 verschiedenen Indikatoren aus internationalen Studien wie z.B. PISA, Daten der OECD und empirischen Untersuchungen auf Länderebene zusammen. Die Card zielt darauf ab, durch den internationalen Vergleich einen politischen Dialog anzustoßen und auch auf Lücken aufmerksam zu machen, um das Interesse an einer regelmäßigen Erhebung, Analyse und Aufbereitung eines breiten Spektrums von Daten über Kinder zu wecken.

4.3 Kommunale Daten

Für die Zwecke örtlicher Familienpolitik sind die „repräsentativen“ und damit in der Regel hoch aggregierten Daten und Analysen von Familienberichterstattung auf Bundes- oder Landesebene in der Tat wenig hilfreich. Es gibt zunehmende kleinräumige Disparitäten von Lebenslagen und Lebensformen der Bevölkerung bei wachsender Segregation. Die Lebenswirklichkeit der Familien unterscheidet sich erheblich, je nachdem, ob man es mit einer Stadt im Ballungskern oder einer Gemeinde im ländlichen Raum oder am Ballungsrand zu tun hat. In den Städten sind nur noch eine Minderheit der Haushalte Familienhaushalte mit Kindern oder Jugendlichen. Unter diesen sind große Anteile armer Familien, ausländischer Familien und Familien mit Alleinerziehenden, also Familien mit besonderen Unterstützungsbedarfen. In den Randlagen der Großstädte und in den Gemeinden im ländlich-suburbanen Umland dagegen leben vorzugsweise die Familien der bürgerlichen Mittelschicht, die auch Wünsche an die Infrastruktur dort haben.

Nirgends ist es so wie im Durchschnitt. Genauer hinschauen lohnt sich nicht nur, sondern ist für die Gestaltung einer passgenauen Familien- und Sozialpolitik unerlässlich. Örtliche familienpolitische Maßnahmen benötigen differenziertes Wissen über die Familien vor Ort. Um dieses differenzierte Wissen vor Ort zu erlangen, bedarf es unterschiedlicher Zugänge und Methoden. Dafür werden nicht nur amtliche und prozessproduzierte Daten der Verwaltung herangezogen, sondern darüber hinaus auch die Familien (Haushaltbefragungen) und Familienmitglieder (Kinder-, Jugendlichen-, Seniorenbefragungen) selbst befragt.

33 UNICEF, *Report Card 7*, Child poverty in perspective. An overview of child well-being in rich countries, 2007.

34 Pais, M.S., Kinder als Zukunft: Warum die Lebenssituation von Kindern durch internationale Vergleiche zur Lebenslage verbessert werden kann, in: Bertram, H. (Hrsg.), *Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland*, München 2008, S. 223 f.

Früher als Bund und Länder fertigten einzelne Kommunen Sozialberichte mit Schwerpunkten auf die Lebenssituationen von Familien an. Hier taten sich kleinere Gemeinden ebenso hervor wie größere Städte. Bislang gibt es keine auf Vollständigkeit angelegte Übersicht über die kommunale Familien-, Kinder- oder Jugendberichterstattung und ihre Organisation.

Neben den kommunalen statistischen Ämtern erstellten vor allem die für Familienbelange zuständigen kommunalen Verwaltungen, aber auch unabhängige Forschungseinrichtungen, die Berichte. Die Anstrengungen der Kommunen, über die Lebenssituation von Familien, Kindern und Jugendlichen „vor Ort“ zu berichten, sind umso beachtenswerter, da die amtliche Statistik je nach Thema erhebliche weiße Flecken aufweist. Die Ursache hierfür ist, dass sich die kommunalen statistischen Ämter häufig nur auf ihre Rolle als Lieferanten von Daten an die Landesämter beschränken, während die Ämter von dort nicht vollständige Informationen oder gar keine, manchmal nur hochgradig aggregierte Daten zurückerhalten.

Folgende Themen prägen das Bild kommunaler Familienberichterstattung in Deutschland:

- Bevölkerung/Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Alleinerziehende – kinderreiche Familien
- Sozialhilfebezug/Armut
- Erwerbssituation/Arbeitslosigkeit
- Wohnsituation
- Kindertageseinrichtungen/Angebot und Nachfrage von Kindertagesbetreuung
- Intervention und Beratung
- Finanzielle/ökonomische Situation der Familien/Kinderarmut
- Bildung und Schulwesen
- Gesundheit/Pflegebedürftige und Behinderte
- Sonstiges (Umweltbelastungen, Verkehrssituation, ...)

Je nach Kommune können weitere/andere Themen im Focus stehen. Adressaten kommunaler Familien-, Kinder- und Jugendberichterstattung sind die lokale Politik und Verwaltung, Akteure örtlicher Familienpolitik sowie die Öffentlichkeit. Der demografische Wandel stellt auch die Kommunen vor Herausforderungen, neue regional- und ortsspezifische Konzepte müssen entwickelt und erprobt werden.

5 Zusammenfassung

Der Bedarf an regionalisierten Ergebnissen im Bereich Bildung, Familie, Kinder und Jugendliche ist groß. Regionalisierte Ergebnisse von Erhebungen dienen der vergleichenden Beobachtung und Interpretation von räumlichen Zuständen und Entwicklungen. Sie sind Grundlage von Pla-

nungen und Entscheidungen, sie können aber auch bei der Erfolgskontrolle und der Schwachstellenanalyse eingesetzt werden. Die amtliche Statistik, die Marktforschung und die empirische Sozialforschung verfügen über ein breites Angebot an Regionaldaten.

In der Bundesrepublik werden Regionalinformationen von amtlicher Seite durch die Bundes-, Landes und Kommunalstatistik zur Verfügung gestellt. Mit der Europäischen Union ist die Hierarchie der Statistischen Ämter nach oben erweitert worden. In Europa sind in den letzten Jahren die bestehenden regionalen Unterschiede wesentlich stärker ins Bewusstsein gerückt. Gleichzeitig diente ein großer Teil der Ausgaben aus dem EU-Kohäsionsfonds der Ermittlung benachteiligter Regionen und der Durchführung entsprechender Förderprogramme. Von den Mitgliedsstaaten erhobene und an Eurostat übermittelte Regionaldaten spielen bei diesem Ermittlungs-, Planungs- und Evaluierungsprozess eine wesentliche Rolle.

In der Marktforschung gibt es mehrere Anbieter von kleinräumig aufgearbeiteten Daten (u.a. kleinräumige Kaufkraft, Bonität, Konsumverhalten) z.B. für Postzustellbereiche oder bis auf Straßenabschnittsebene.

Auch in der empirischen Sozialforschung gibt es Umfragen, die ebenfalls ein Potential für eine Regionalisierung darstellen, einerseits benötigen diese Umfragen einen beachtlichen Stichprobenumfang, denn nur große Stichproben mit einer breiten regionalen Streuung eignen sich für eine inhaltliche tiefgestaffelte Regionstypisierung. Andererseits muss auch ein Hinweis auf die Region, z.B. amtliche Verwaltungskennziffer oder Gemeindename oder eine anderer regionaler Bezug, vorhanden sein.

Werden Umfragedaten mit amtlichen Daten in Verbindung gebracht, so ist es im Rahmen von Regionalanalysen möglich, den gesamten Kontext, in dem sich Personen bewegen, zu bestimmen und dann zu überprüfen, inwieweit diese Kontexte das individuelle Handeln, die individuellen Einstellungen der Personen beeinflussen.

Verf.: Hiltrud Bayer, Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München, E-Mail: bayer@dji.de